

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erstausgabe:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.35
monatlich 45 Pf.
Bei allen wirtsch. Postanstalten
und Bote im Orts- u. Nachbar-
ortsvorkehr vierteljährlich M. 1.35,
ausserhalb desselben M. 1.35,
hierauf Bestellgeld 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verfündigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meisterr.,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Ausserkürze 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzelle.
Keramen 15 Pfg. die
Peitzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Annoncements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 154.

Dienstag, den 6. Juli 1909.

26. Jahrgang.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 3. Juli.

Die Branntweinsteuer in zweiter Lesung.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 10 1/4 Uhr. Am Bundesratspräsidenten Staatssekretär v. Sydow, sowie die Minister v. Rheinbaben und v. Arnim.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Lesung des Gesetzes über den Zwischenhandel mit Branntwein.

Abg. Rehber (kons.) erstattet den Kommissionsbericht. Die Kommission empfiehlt besonders anstatt der Monopolisierung eine Erweiterung der Kontingentierung (sog. Liebesgaben), sowie eine Parfümeriesteuer in das Gesetz aufzunehmen.

Abg. Weber (natl.): Wir bedauern, daß von der überwiegenden Mehrheit, besonders dem Zentrum, der Gedanke einer Monopolisierung nicht gutgeheißen worden ist. Wir können wegen tatsächlicher Bedenken gegen einzelne besonders einschneidende Bestimmungen nicht für die Vorlage eintreten. Die Kontingentierung sollte dem Brennergewerbe eine Entschädigung bieten für die nach 1887 eingetretene starke Mehrbelastung des Branntweins und für den zu erwartenden Ausfall infolge eines starken Konsumrückgangs. In den letzten 20 Jahren wurde dieser Schaden mindestens wertgemacht, was zu einer Herabsetzung der Liebesgaben hätte Veranlassung geben sollen, vor allem mit Rücksicht auf die Finanznot des Reichs. Statt dessen bringt das Brennerrecht in der vorgeschlagenen Gestalt eine abermalige starke Liebesgabe für das gesamte Brennergewerbe. Unser Antrag, die Verbrauchsabgaben von der innerhalb des Kontingents hergestellten Alkoholmenge auf 1,10 M, vom 1. Oktober 1912 auf 1,15 und vom 1. Oktober 1915 auf 1,18 M, sowie von der außerhalb des Kontingents hergestellten Menge auf 1,30 M für das Liter zu bemessen, entspricht durchaus den Intentionen der süddeutschen Brennervereine, in deren Interesse auch die Aufrechterhaltung der vollen Liebesgabe nicht erwünscht ist. Der § 69 a mit den Bestimmungen über die Vergütungspflicht und Befreiung von dieser Pflicht bringt die Monopolstellung der Zentrale für Spiritusverwertung, die doch nur in rücksichtsloser Weise die Interessen der ihr angegliederten Produzenten vertritt. Die Zentrale ist mehrfach wegen unfaulteren Wettbewerbs und Verschönes gegen die guten Sitten verurteilt worden. Gegen eine derartige Ge-

schäftsführung der Syndikate haben erst kürzlich die Konservativen und das Zentrum sich ausgesprochen. Diese Vorlage erreicht nichts für das Reich. Sie bringt den Großbetrieben die Monopolisierung und ruiniert alle Betriebe, die keine Kontingentierung haben. Tausende von Arbeitern werden durch die Vorlage geschädigt. Die Qualitätsbranntweine erhalten auch durch unsere Anträge genügenden Schutz. Es ist unbegreiflich, wie die Kommission solche Beschlüsse ohne Prüfung der Verhältnisse fassen konnte. Die Parfümeriesteuer ist so mittelstandsfeindlich, wie keine Steuer im Reiche. Die Spirituszentrale übt eine viel schlimmere Wirkung als das Kohlenfondit. Da machen wir nicht mit. (Beifall links.) Abg. Speck (Ztr.): Mit § 2 Abs. 1 in der Kommissionsfassung, der die Höhe der Steuerabgaben innerhalb des Kontingents auf 1,05 M, außerhalb auf 1,25 M pro Liter festsetzt (Spannung), steht und fällt für einen großen Teil meiner Partei das ganze Branntweinsteuergesetz. Von den Abänderungen bestritten wir den Ruin des ganzen süddeutschen Brennergewerbes. Wir werden vorbehaltlich einiger Bedenken bei einzelnen Paragraphen für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Die beschlossene Verbrauchsabgabe wird die Reichskasse stärken und die wirtschaftlichen Interessen genügend schützen.

Abg. Südekum (Soz.): Wir sind gegen jede Lebensmittelsteuer, also auch gegen diese. Das Staatsmonopol soll erhalten bleiben. Die Spirituszentrale wird noch weiter geschädigt werden.

Abg. Frhr. v. Gamp (Reichsp.): Der größte Teil der sogenannten Liebesgaben ermöglicht allein schon den kleinen und mittleren Brennervereine ihre Existenz. Auch ich bedauere, daß die Vorlage dem Fiskus nicht 100 Millionen sichert. Das wäre möglich gewesen, wenn wir in der Kommission beisammen geblieben wären. Die Geschäftsführung der Spirituszentrale ist zweifellos nicht einwandfrei. Solche Fehler machen aber alle Syndikatsbildungen.

Abg. Schweichardt (Südd. Volksp.): Durch den Schutz des Brennergewerbes darf nicht die Errichtung neuer Brennervereine unmöglich gemacht werden. Die Liebesgaben sind veraltet und ungerichtet. Die Spirituszentrale ist lediglich gegründet worden, um die Preise hochzuhalten. Eine besondere Freude wird die Mehrheit an dieser Vorlage nicht haben.

Abg. Vogt-Craillsheim (wirtsch. Pgg.): Nachdem das Monopol einmal gefallen ist, bleibt nur der von der Kommission vorgeschlagene Weg. Die Spannung in dieser

Höhe muß beibehalten werden im Interesse der kleinen und mittleren Betriebe.

Abg. Köfide (Bund der Landwirte): Von einer Liebesgabe kann eigentlich gar nicht gesprochen werden, denn die Spannung von 20 M stellt lediglich eine Strafe für Mehrbrennen dar. Unser nationales Ziel ist, das Deutsche Reich sicher zu stellen. Da sollten Sie (zur Linken) nicht schwollend beiseite stehen.

Abg. Kommissen (fr. Pgg.): Jetzt machen nicht die verbündeten Regierungen mit dem Reichstag die Geschäfte, sondern die Mehrheitsparteien schreiben sie vor und die Regierungen akzeptieren sie.

Abg. Zehner (Ztr.) tritt für die Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse ein.

Abg. Bruhn (Reformp.): Wir stimmen für die Kommissionsfassung.

Abg. Weber (natl.) erklärt sich gegen ein Privatmonopol.

Abg. Gothein (fr. Pgg.): Wunderbarer Weise machen die verbündeten Regierungen alles mit, was im Volk das Vertrauen aufs tiefste erschüttern muß. Es ist nur gut, daß die breiten Massen erkennen, daß es bei den Regierungen keinen Schutz gibt.

Staatssekretär Sydow: Es liegt kein Entwurf der Regierung, sondern der Kommission vor. Wir vertreten in erster Linie den Monopulentwurf, den wir für besser halten. Von keiner Partei ist dieser mehr bekämpft worden, als von den Freunden des Herrn Gothein.

Nach weiteren Bemerkungen Wiemers schließt die Debatte.

Der grundlegende § 2 wurde sodann mit 207 gegen 143 Stimmen bei 6 Enthaltungen in der Kommissionsfassung angenommen.

Eine Reihe von Paragraphen wurde in einfacher Abstimmung angenommen. Zu § 15, der die Abfindung der Brennervereine enthält und sagt, daß die vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes betriebsfähig hergerichteten Brennervereine abgefunden werden können, die in einem Betriebsjahr mehr als 10, aber nicht mehr als 20 Hektoliter erzeugen, wurde beantragt, diese Grenze auf 50 Hektoliter zu erhöhen.

Staatssekretär Sydow: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt (Zuruf links: Die verbündeten Regierungen stehen gar nicht). Es erhebt sich ein ungeheurer Lärm, in dem der Staatssekretär nicht zu Worte kommt. Der Präsident schwingt dauernd vergeblich die Glocke, ohne

Das ist der Frauen keine Kriegeslust, daß sie, den Kampf ablehnend, dennoch siegen. Raupa.

Die letzten Tage von Messina.

Roman von Erich Friesen.

(Nachdruck verboten.)

„Eine Verurteilung! ... Hat wahrscheinlich ihre ganze Familie unter den Trümmern gelassen, gleich Hunderten anderer Unglücklicher!“

„Ja, Dolores Alvarez, welche die weiße Reife von Brasilien nach Messina nur unternommen hatte, um ihr Kind zu sehen, das man ihr im zartesten Alter entziffen — sie weiß nicht einmal, welches der vielen Säuglinge ihr Kind birgt! Sie kann nicht einmal niedersehen an dem stummen Trümmersgrab und ein hilfes Gebet sprechen für die arme kleine Seele, die die Mutter kaum gefasst und die vielleicht fort mußte von dieser armseligen Erde, ohne die Mutter noch einmal gesehen zu haben.“

Arme Dolores Alvarez! ...
Arme kleine Mercedes!

Während das gequälte Mutterherz von Angst und Todesangst durchzittert wird, zieht noch einmal ihr ganzes trauriges Schicksal an Dolores' geistigem Auge vorüber.

Sie sieht sich als junge, gefeierte Sängerin am „Teatro Nazionale“ in Rio de Janeiro.

Unter den Kavaliere, die sie umschwärmten, gefiel ihr besonders ein eleganter Italiener, der Marchese Ludovico Martinelli, der vor einiger Zeit in Rio de Janeiro plötzlich aufgetaucht war — woher, wußte niemand.

Nach wenig Wochen wurde sie seine Braut und bald danach sein Weib.

Kaum war die Hochzeit vorbei, da veränderte ihr Gatte sein Benehmen ihr gegenüber. Er vernachlässigte sie, wurde brutal und mißhandelte sogar seine junge Frau.

Bald merkte Dolores, daß nicht Liebe ihn zu ihr hingezogen, daß ihr Besitz ihn gleichgültig mache, ja, daß er eine fast sadistische Freude empfand, sie zu quälen.

Von Natur heißblütig und eigenwillig, ließ sie sich diese unwürdige Behandlung nicht ruhig gefallen. Furchtbare Szenen entstanden. Bis die arme, gequälte Frau zu ihrem Vater, einem Börsenmakler in Rio de Janeiro zurückkehrte.

Dort wurde ihr Kind geboren, die kleine Mercedes.

Nun begann für Dolores ein neues Dasein. Nur für das Kind lebte sie noch. Nichts anderes existierte mehr für sie auf der Welt.

Ihr Gatte kümmerte sich gar nicht mehr um sie. Und die junge Mutter war es zufrieden. Der letzte Funke von Reue zu dem Unwürdigen war längst in ihr erloschen.

Da läßt sich eines Tages der Marchese bei ihr melden. Da ihr Vater in Geschäften abwesend war, will sie ihren Gatten nicht empfangen, aus Furcht vor einem Auftritt.

Er erzwingt sich Einlaß, verlangt, das Kind zu sehen! Sein Kind.

Nicht wagt sie, dem Vater die Bitte abzuschlagen. Die kaum zweijährige Mercedes wird heringebracht.

Ob der Marchese beim Anblick des bildschönen Kindes wirklich etwas mit Vaterliebe in sich erwachen fühlte — oder ob nur das erneute Verlangen, seine Frau quälen, ihn dazu trieb — nach einem kurzen Wortwechsel erklärt er Dolores, die kleine Mercedes gehöre ihm. Sie habe ihn böswillig verlassen und sein Recht an das Kind.

In Todesangst sucht die arme Mutter sich zu verteidigen, ihr Recht geltend zu machen.

Vergebens.

Wenige Tage darnach ist Mercedes in den Händen des Vaters.

Und ehe Dolores in ihrer Verzweiflung einen Entschluß fassen kann, sind beide, Vater und Kind, bereits von Rio de Janeiro abgereist.

„Woher? ... Die arme Mutter weiß es nicht!“

Als der alte Paolo Alvarez von seiner Geschäftsreise zurückkehrt, findet er seine Tochter fast dem Wahnsinn nahe. Sein nüchterner Sinn begreift den Schmerz der unglücklichen Mutter nicht. Sie solle froh sein, daß alles so gekommen und ein neues Leben beginnen. Sie sei jung und schön, das ganze Leben liege noch vor ihr. Sie möge wieder zur Bühne gehen oder verreisen — die Mittel dazu ständen zu ihrer Verfügung. Er habe bei seinen Börsengeschäften Glück gehabt, es sei Aussicht vorhanden, daß er in nicht gar langer Zeit zum Millionär würde, und sie sei sein einziges Kind.

„Und mit Geld kann man alles kaufen!“ sagt er schmunzelnd hinzu.

Wie aus einer anderen Welt blicken ihn die großen schwarzen Augen seiner Tochter an.

„Auch — Glück, Vater?“

„Auch Glück.“

So meint wenigstens der brave Börsenmakler.

Jahre vergangen. Paolo Alvarez war nicht nur Millionär, sondern sogar Milliardär geworden.

Das seiner Tochter prophezeite Glück blieb an —

Da starb Paolo plötzlich —

Dolores war reich — unermesslich reich —

Über — glücklich —

Da zukt plötzlich in die dunkle Resignation der armen Mutter gleich einem erleuchtenden Blitz ein Nachrichten, die ihre Lebensgeister elektrifiziert.

Eine Schulkameradin, die sich vor kurzem nach Rom verheiratet und Dolores' Hochzeit vor neun Jahren bewohnte, hat auf ihrer eigenen Hochzeitsreise in Messina auf einer Gesellschaft beim englischen Konsul den Marchese Ludovico Martinelli getroffen. Sie habe sofort Nachforschungen angestellt und erfahren, daß er in Messina in der Via San Sebastiano wohne. Von einem Kinde wisse man dort nichts. Aber Dolores sei jetzt wenigstens auf der Spur und möge tun, was ihr recht dünke.

Erst verwundert ... dann in tiefster Erregung ... schließlich voll jubelnder Freude liest Dolores diese für sie fast unglaublich klingende Nachricht.

(Fortsetzung folgt.)

die Ruhe wieder herstellen zu können. Der Klappel der Klode fliegt heraus. Schließlich schafft Präsident Graf Stolberg Ruhe, indem er mit erhobener Stimme ruft: Dieser Vorn entspricht nicht der Würde des Hauses.

Staatssekretär Sydow fährt fort: Die verbündeten Regierungen stehen auf dem Standpunkt, daß diese Bestimmungen ein Entgegenkommen gegen die kleinen Brenner bedeuten. Ein Herausheben der Grenze würde für uns unannehmbar sein.

Abg. Köfide (Bund der Landwirte) beantragt, die Grenze auf 30, Abg. Weber (natl.) auf 50 Hektoliter festzusetzen.

Abg. Singer (Soz.) beantragt Zurückweisung des Entwurfs an die Kommission. Es sei ein Skandal, so viele Abänderungsanträge zu stellen.

Der Antrag Singer wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und einigen Freisinnigen abgelehnt.

Der Antrag der Nationalliberalen auf Heraushebung der Grenze auf 50 Hektoliter wurde in namentlicher Abstimmung mit 200 gegen 152 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt und der Antrag Köfide auf Festsetzung der Grenze auf 30 Hektoliter in einfacher Abstimmung angenommen.

Die §§ 42-47 handeln von der Betriebsanlage, die außer der Verbrauchsabgabe von der erzeugten Alkoholmenge erhoben wird. § 45 schlägt eine Ermäßigung der Betriebsanlage, ein Antrag Weber eine Ermäßigung der von der Kommission vorgeschlagenen Ziffer vor.

Der Antrag Weber wurde mit 183 gegen 169 Stimmen abgelehnt.

Zu § 57 beantragt Abg. Weber (natl.), bei der Entrichtung der Betriebsanlage gegen Sicherstellung eine Stundung von 6 Monaten, ohne Sicherheitsleistung eine Stundung von 3 Monaten zu ermöglchen.

Der Antrag wurde abgelehnt.

Bei § 107 betreffend die für die Holzessigsäure zu entrichtende Verbrauchsabgabe von 0,40 M für das Kilogramm wasserfreier Säure beantragt.

Abg. Gerstenberger (Ztr.) eine Herabsetzung dieser Abgabe auf 0,24 M.

Landwirtschaftsminister v. Arnim bittet um Ablehnung des Antrages.

Nach kurzer Debatte wird der Antrag Gerstenberger mit den Stimmen der Linken, Polen und des Zentrums angenommen. (Heiterkeit.)

§ 60a (Bergällungspflicht) wurde nach einem Antrag Nebel mit 181 gegen 166 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die §§ 103 und 103a betreffen die Erhebung eines Eingangszolles und einer Steuer auf Löhre und Parfümerien.

Abg. Alhorst (fr. Bgg.) und Sadekm (Soz.) traten für Ablehnung der Paragraphen ein.

Staatssekretär Sydow bat, die Parfümeriesteuer abzulehnen, da deren Ertrag von den Kosten der Kontrolle absorbiert werden dürfte. Nach weiterer Debatte wurde diese Steuer einstimmig abgelehnt.

§ 104 und folgende handeln von der Beschaffenheit des Trinkbranntweins.

Nach kurzer Debatte wurden die Bestimmungen über den Alkoholgehalt des Trinkbranntweins, sowie darüber, daß als Kornbranntwein nur Produkte aus Roggen, Weizen und Haber bezeichnet werden dürfen, in einfacher Abstimmung gestrichen.

Abg. Sadekm (Soz.) befragt einen Antrag seiner Partei auf Unterstützung arbeitslos werdender Arbeiter der Brennerereien.

Der Antrag wurde in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 139 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Der Rest des Gesetzes wurde in der Kommissionsfassung mit geringfügigen Änderungen angenommen.

Schluß: nach 7¼ Uhr. — Nächste Sitzung: Montag nachmittag 1 Uhr.

Tagesordnung: Rest der heutigen Tagesordnung, 2. Lesung des Reichsstempelgesetzes und zweite Lesung des Gesetzes betr. Änderungen im Finanzwesen.

Rundschau.

Zur Lage.

Auch jetzt noch sind die mehrfach verbreiteten Nachrichten, daß zwischen der neuen Mehrheit und den verbündeten Regierungen eine Vereinbarung über die sogenannten Besitzsteuern erfolgt sei, tatsächlich unbegründet oder vielleicht kann man sagen verfrüht. Die Verhandlungen sind noch nicht abgeschlossen. Es gibt noch Schwierigkeiten, zumal die Vertreter der Regierung nichts anbieten und nichts vorschlagen, sondern die Vorschläge der Mehrheit abwarten und entgegennehmen, und dann sagen, was annehmbar ist und was nicht. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß es in einigen Tagen zu einer Vereinbarung kommen wird, denn die Vertreter der Mehrheitsparteien operieren jetzt in richtiger Erkenntnis der Situation sehr vorsichtig und geben möglichst viel nach. Man darf mit Sicherheit annehmen, daß die Kotierungssteuer, die Mählensummensteuer und der Kohlenausfuhrzoll definitiv aufgegeben sind, daß auch die im Reichstag nach dem Gampferschen Antrag erfolgte Erhöhung des Effektenstempels über die Vorgabe hinaus aufgegeben wird, und auch, daß die Rechte auf die Herabsetzung der Zudersteuer jetzt verjährt.

Diese von der Fr. Btg. gegebene Darstellung der Lage der Reichsfinanzreform wird auch von anderer Seite bestätigt, die eine auch von uns aus der parlamentarischen Korrespondenz übernommene Mitteilung über den bereits vollzogenen Abschluß eines Kompromisses für unrichtig erklärt.

Je näher aber die neue Mehrheit mit den verbündeten Regierungen zusammenkommt, umso geschlossener tritt auch die Minderheit von Bassermann bis Vogel auf. Die Erregung, die bei der am Samstag erfolgten Annahme der von der konservativ-merikalen Mehr-

heit durchgedrückten Branntweinsiebesgaben herrschte, zeigt, daß Nationalliberale und Freisinnige mehr und mehr von der Regierung ab und in die Opposition einrücken. Die neuerdings verlaute, soll bei der am Sonntag begonnenen Tagung der Freisinnigen Vereinigung eine Verschmelzung mit der Freisinnigen Volkspartei angeregt worden sein. Es wäre ein erfreuliches Resultat der politischen Wirren der letzten Tage, wenn man innerhalb des preussischen Freisinn die Notwendigkeit einer noch engeren Geschlossenheit erkannt haben würde.

Mittelstand und Reichsfinanzreform.

Die deutsche Mittelstandsvereinigung (Sitz Berlin), die Mittelstandsvereinigung für Handel und Gewerbe (Sitz Düsseldorf), und die Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen haben die folgende gemeinsame Eingabe an den Reichstag gerichtet:

Ueberzeugt von der Notwendigkeit, dem Reichshaushalt eine jährliche Mehreinnahme von mindestens 500 Millionen Mark zuzuführen, sieht es der Mittelstand als seine selbstverständliche Pflicht an, von den dem Deutschen Volke aufzuerlegenden Lasten den gerechterweise auf ihr fallenden Teil zu übernehmen und zu tragen. Er wendet sich aber einmütig gegen jeden Steuervorschlag, der den Mittelstand vorzugsweise belastet, sowie auch gegen jeden, der Handel und Gewerbe in einseitiger Weise trifft, also den erwerbstätigen Mittelstand erheblich mitbelasten würde.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, müssen folgende Vorschläge den allerschwersten Bedenken begegnen:

1. Die Steuer auf Beleuchtung stärker — weil sie das Unkostenkonto besonders der kleineren und mittleren Geschäfte, die auf eine ausreichende, ja zuweilen äppige Beleuchtung im Konkurrenzkampf bedeutend erhöhen würde.

2. Die Besteuerung der Generversicherungsquittungen — weil sie in ihrer oberflächlichen Bemessung nach der Versicherungssumme nur in den seltensten Fällen einen wirklich vorhandenen Besitz angemessen erfassen, vielmehr oft die Schulden mitbesteuern und weil sie ferner durch die Versteuerung der Prämien den Anreiz zur Versicherungsnahme verringern und dadurch einen kulturellen Rückschritt herbeiführen würde.

3. Die Parfümeriesteuer. Auch sie träge, weil nur schwer auf den Konsum abwälzbar, in bedenklicher Weise ein weitverzweigtes Gewerbe, das in der Fabrikation wie im Handel, zum größten Teil Betriebe mittlerer Größe umfaßt und schon so gegen die Konkurrenz der ausländischen Fabrikate schwer anzukämpfen hat. Außerdem würde die Unmöglichkeit, das Kapital zur Steuer-Berauslagung auszutreiben, viele Geschäfte zur Liquidation bringen.

4. Der Scheckstempel — als eine den Handel und Geldverkehr in den Städten fast ausschließlich und einseitig belastende Steuer die überdies in offenem Widerspruch zu den in den letzten Jahren unter allseitiger Zustimmung unternommenen Versuchen steht, den Scheckverkehr in Deutschland populär zu machen.

5. Die Reichsweitzuwauchssteuer — soweit sie auch auf bebauten ländlichen Grund Anwendung finden soll, weil sie eine der wichtigsten Gruppen des Mittelstandes, den Hausbesitzerhand, ungerechtfertigt belastet und eine allgemeine Erhöhung der Mieten herbeiführen würde.

Mit Rücksicht auf den der Finanzreform überhaupt zu Grunde liegenden Gedanken, den Hauptteil der neu zu schaffenden Reichseinnahme durch maßvolle Besteuerung des Verbrauchs aufzubringen, bitten die neugeplanten indirekten Steuern allerlei Anlaß zur Kritik. Vor allem aber muß darauf gesehen werden, daß Verbrauchssteuern nicht an diesem oder jenem Gewerbe hängen bleiben, und den oft schon sehr bescheidenen Verkaufsgewinn so noch weiter verringern.

Auf der anderen Seite fordert der Mittelstand aus Gründen sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit strenge Heranziehung des Vermögens, und hält nach wie vor die von der Regierung vorgeschlagene Besteuerung des Erbes im Wege der Erbanfallsteuer für die das Vermögen am sichersten erfassende und zugleich erträgliche Form einer Besitzsteuer.

Gegen die Konservativen!

Immer lauter und immer stärker ertönen aus allen Volksschichten heraus die Protestrufe gegen die Steuerpolitik der Konservativen, Ruße, die die Regierung leider nicht hören will. Ebenso haben, wie an anderer Stelle ausgeführt, die bedeutendsten Mittelstandsvereinigungen in einer besonderen Erklärung gegen die konservativen Stellung genommen. Gleichzeitig erläßt der unter nationalliberaler Führung ins Leben gerufene deutsche Bauernbund einen Aufruf, in dem es heißt:

Der Bund der Landwirte, dessen eigentliche Führer reaktionär-konservative Großgrundbesitzer sind, vertritt je länger je mehr, in vieler Hinsicht einseitig die Interessen des Großgrundbesitzes auch dann, wenn dadurch die bäuerlichen Interessen empfindlich geschädigt werden, und sucht dafür die deutschen Bauern als Vorspann zu benutzen.

Der Fortschrittsprophet der Konservativen wird ferner dadurch illustriert, daß nach Mitteilungen aus dem Reichstage eine jungkonservative Partei in der Bildung begriffen sei. Man fährt ihre Entstehung auf den Gegensatz in der Erbschaftsteuer vorlage und anderen schwebenden Fragen zurück, die zwischen der konservativen Parteileitung und einigen konservativen Vereinen entstanden ist. Im konservativen Lager bröckelt es immer weiter ab. Der konservativere Verein von Hamm kündigte, wie aus Hamm gemeldet wird, der konservativen Reichstagsfraktion seine Freundschaft auf. Der Verein richtete an beide konservativen Parteien des Reichstags das dringende Ersuchen, unter Entgegenkommen gegenüber den berechtigten Wünschen des Bundesrats die

beschleunigte Erledigung der Reichsfinanzreform in jeder Weise zu fördern. — Nur immer so weiter!

Zum Kanzlerwechsel.

München, 5. Juli. Die „Post“ will erfahren haben, der Kanzler habe vom Kaiser die Enthebung von seinem Amt bereits erhalten; die Veröffentlichung der Genehmigung werde in 2-3 Tagen erfolgen. — Als Nachfolger des Fürsten Bülow wird immer noch in erster Linie der Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg und in zweiter Linie der Gesandte Graf v. Monts genannt.

Der Zentralausschuß der Freisinnigen Volkspartei

trat, wie gemeldet, am Samstag zu einer Sitzung zusammen, um zur gegenwärtigen politischen Lage Stellung zu nehmen. In fast allen Reden kam der Gedanke zum Ausdruck, daß der Liberalismus seine Beteiligung an der Blockpolitik durchaus nicht zu bedauern habe, da ihr doch immerhin mancher Fortschritt zu danken sei. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

Der Zentralausschuß spricht seine volle Zufriedenheit zur sachlichen und taktischen Haltung der Reichstagsfraktion der freisinnigen Volkspartei aus und vertraut darauf, daß die freisinnige Fraktionsgemeinschaft wie bisher einmütig und entschlossen den Kampf gegen die agrarisch-merikale Interessenpolitik und wirtschaftspolitische Rückständigkeit für Freiheit und Gemeinwohl führen wird.

Ein anderer wichtiger Punkt der Tagesordnung war ein Antrag Altona-Schleswig-Holstein auf Verschmelzung der Volkspartei mit der Freisinnigen Vereinigung. Dieser Gedanke wurde in der Debatte allseitig begrüßt und sodann dem geschäftsführenden Ausschuß zur weiteren Behandlung überwiesen. Es ist klar, daß über einen so wichtigen Schritt auch die Parteimitglieder gehört werden müssen.

Vertretertag der nationalliberalen Partei.

In Berlin fand unter großer Beteiligung aus dem ganzen Reiche der allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei statt. Der Parteivorsitzende Bassermann referierte über die Reichsfinanzreform und die innere politische Lage. Schließlich wurde eine Resolution angenommen, wofin die Notwendigkeit der Verbindung der Besteuerung des Massenverbrauchs mit einer allgemeinen Besitzbesteuerung betont wurde, wofür nur die Erbanfallsteuer in Frage kommen kann. Die Steuererhebung der neuen Mehrheit ist abzulehnen. Die Konservativen sprengten den Block und bahnten die alte Macht des Zentrums an und stärzten den hochverehrten Reichskanzler. Das Bürgertum wird auferufen zum Widerstand und Kampf und die Parteinteressen zurücktreten zu lassen hinter denen der Allgemeinheit.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 3. Juli.

Am Ministerisch: Kultminister von Fleischhauer und Ministerialdirektor v. Habermas.

Zweiter Vizepräsident Kraut eröffnet die 206. Sitzung um 9¼ Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt er fest, daß der Abg. Schrempf nicht, wie der Abgeordnete Feuerlein behauptet habe, der Sozialdemokratie den Vorwurf der Heuchelei gemacht habe, dagegen im Anschluß an eine Bemerkung des früheren sozialdem. Redakteurs Herlein, die Religion sei der größte Fehler der Menschheit, gesagt habe: „So denken Sie (die Sozialdemokraten), aber hier im Halbmondsaal reden Sie anders.“ Dieser Ausdruck müsse, da gegen die Ordnung des Hauses verstoßend, gestrichelt werden.

Feuerlein (Soz.) bittet ums Wort zu einer kurzen Bemerkung.

Vizepräsident Kraut: Zu dieser Sache kann ich Ihnen das Wort nicht erteilen. Die Sache ist mit der Rüge erledigt.

Kultusseils

wird hierauf bei Kap. 61, Universität, fortgesetzt.

Zu Titel 2 (Professoren: 58 ordentliche und 17 außerordentliche) liegt ein Antrag der Finanzkommission vor, die Regierung zu ersuchen, die Errichtung einer außerordentlichen Professur für Hautkrankheiten im nächsten Etat in Erwägung zu ziehen.

Berichterstatter v. Gauß befragt die Erlangen und den Antrag der Kommission.

Vizepräsident v. Kiene (Ztr.) tritt gleichfalls für den Kommissionsantrag ein. Es sei auf diesem Gebiet in Tübingen eine Lücke auszufüllen. Die andern Universitäten von der Größe Tübingens besitzen entweder ein Ordinariat oder Extraordinariat für Hautkrankheiten; sie seien Tübingen auch meist mit einer Professur für Kinderkrankheiten voraus. Der Redner bespricht sodann die Bestrebungen der außerordentlichen Professoren um rechtliche und finanzielle Verbesserung ihrer Lage. Nicht ungerechtfertigt sei auch der Wunsch nach Sitz und Stimme in der Fakultät und nach einer angemessenen Vertretung im Senat.

Dr. Bauer (Sp.) erklärt, daß eine Universität, die keine Ausbildungsmöglichkeit auf dem Gebiete der Hautkrankheiten biete, sich gegenüber andern Universitäten im Nachteil befinde. Die Abteilung für Hautkrankheiten solle abgefordert von den übrigen Kliniken eingerichtet werden.

Rägele (Sp.) plaidiert für Berücksichtigung der Wünsche der außerordentlichen Professoren und empfiehlt Einrichtung eines archaischen Landesdien-



den in Stuttgart bestehenden Institutionen herstelle.

Mattutat (Soz.) unterstützt die Forderung nach Schaffung einer Professur für Hautkrankheiten und bringt zahlreiche Beschwerden über die Zustände in dieser Abteilung vor.

Kultminister v. Fleischhauer: Bei Untersuchung der Klagen über die Verhältnisse in der Abteilung für Hautkrankheiten habe sich zu seinem Bedauern als nicht unbegründet erwiesen. Er habe sich überzeugt, daß es vor allem an Raum fehle. Er sei deshalb der Erstellung einer weiteren Parade von selbst näher getreten. Nach den Beschwerden des Abg. Mattutat werde er sehen. In dem Bauprogramm für die Universität stehe der Bau einer Klinik für Hautkrankheiten in vorderster Linie, er hoffe, daß bis zum nächsten Etat die Finanzlage den Bau ermögliche, er erfordere allerdings 200 000 M. Die Errichtung einer Kinderklinik sei zwar wünschenswert, aber sie sei nicht so dringend. Die finanzielle Verbesserung der außerordentlichen Professoren könne nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Gehaltsaufbesserung erfolgen. Der Wunsch der außerordentlichen Professoren nach Vertretung im Senat sei berechtigt. Besonders sei ihnen das Recht zu geben, da, wo ihre besonderen Verhältnisse berücksichtigt werden, gehört zu werden. Die Vertretung der Privatdozenten im Senat werde nicht so weit gehen, wie die der Professoren. Bei der Entziehung der Venia legendi werde den Privatdozenten rechtliches Gehör gegeben werden.

Liesching (Sp.): Im Sinne der Vereinfachung der Verwaltung würde es liegen, wenn nicht doppelte Institute an der Technischen Hochschule und an der Universität beständen. In allen großen Staaten studieren die Apotheker nur an der Universität, das liegt auch im Interesse der Pharmazeuten; es sei deshalb vorzuziehen, daß an der Technischen Hochschule in Stuttgart gleichfalls Einrichtungen zum Studium der Apotheker beständen. Das verlocke viele Apotheker, weil sie in Stuttgart Nebenbeschäftigung finden, nach Stuttgart zu gehen, so daß hier mehr Apotheker in Stuttgart studieren als in Tübingen.

Häffner (D. P.) schließt sich den Forderungen der außerordentlichen Professoren an.

Schmann (Soz.): Dem neuen außerordentlichen Professor sollen zwei ärztliche Assistenten beigegeben werden. Ferner solle an der Universität ein Lehrstuhl für Anatomie errichtet werden.

Frhr. Berger v. Perlas (D. P.) gibt seine Zustimmung für die neuangeordneten außerordentlichen Professoren für alttestamentliche Theologie und für Zahnheilkunde. Er möchte der Regierung zur Erwägung geben, ob nicht bei Besetzung der Professur für die romanischen Sprachen auf einen Franzosen zurückgegriffen werden könne.

Kultminister v. Fleischhauer: Die von dem Abg. Liesching eingebrachte Frage der Abscheidung zwischen Universität und Technischer Hochschule sei außerordentlich wichtig. Die Gründe, die der Abg. Liesching für die Abscheidung der Pharmazie von der Technischen Hochschule vorgebracht habe, seien beachtenswert, er müsse sich aber eine Erwägung vorbehalten. In der Kommission sei angeregt worden, die Technische Hochschule zu einer zweiten Landesuniversität auszugestalten, er halte dies für außerordentlich unzuverlässig und mühte diesen Gedanken grundsätzlich ablehnen. Ein besonderer Lehrstuhl für Biologie bestands allerdings nicht, sie gelange aber in anderen Vorlesungen zum Vortrag.

Berichterstatter v. Gauß: Die Technische Hochschule würde zu einem Technikum herabsinken, wenn der Schwerpunkt nicht auf die wissenschaftliche, sondern auf die praktische Ausbildung gelegt würde. Auch seine Meinung gehe nicht dahin, aus der Technischen Hochschule eine zweite Landesuniversität zu machen.

Nach einer kurzen Bemerkung des Kultministers v. Fleischhauer wurden der Titel und der Kommissionsantrag genehmigt.

Die nächsten Titel werden ohne Debatte bewilligt. Bei Tit. 6, Universitätsinstitute, berichtet Abg. v. Gauß, daß in der Kommission über die Konkurrenz, die die Universitätskliniken den Krankenanstalten durch ihre niedrigeren Sätze machen, geklagt worden sei. Ferner sei angeregt worden, ob nicht die Professoren einen Teil ihrer Einnahmen aus der Privatbehandlung für Venüfung der staatlichen Einrichtungen abgeben sollten. Beides hat aber keine Zustimmung gefunden.

Mattutat (Soz.) richtet an den Minister die Anfrage, ob für die Verhältnisse der Anatomie es nötig sei, die Ministerialverordnung über die Entlohnung von Selbstmördern beizubehalten.

Reß (Sp.) unterstützt diese Anfrage.

Schod (Sp.) erinnert an die früher von ihm gegebene Anregung, auf die von Prof. Wagner vorgeschlagene Fortkehrungsanstalt die Studierenden hinzuweisen.

Rägelle (Sp.) weist auf die gewaltigen Differenzen in dem Aufwand für die Landesbibliothek in Stuttgart und die Tübinger Universitätsbibliothek hin, und wünscht eine Verbindung der Tübinger archaischer Sammlungen mit den Stuttgartern.

Liesching (Sp.) macht darauf aufmerksam, daß die Vorstände der Kliniken große Schwierigkeiten haben, Wärterpersonal zu bekommen. Sie müßten, buchstäblich genommen, Wärter von der Straße nehmen, und daß darunter die Ordnung nur schwer aufrecht erhalten werden könne, sei selbstverständlich. Eine Abhilfe liege im Interesse der Kliniken, der Vorstände, vor allem aber der Kranken. Ein gutes, geübtes Personal sei mit den jetzigen Gehaltsätzen nicht zu bekommen.

Kultminister v. Fleischhauer: Gegenüber einem Wunsch des Berichterstatters nach Detaillierung des Etats nach den einzelnen Instituten möchte er darauf hinweisen, daß der württ. Etat schon an sich viel detaillierter sei als der anderer Staaten! Es werde

schon jetzt über mancherndes Menschenmaterial an der Anatomie geklagt, und so sei er zu seinem Bedauern nicht in der Lage, die Aufhebung der Vorschrift zu empfehlen. Er würde sich freuen, wenn Prof. Baaner Areal zur Vornahme seiner Versuche zur Verfügung gestellt werde. Die Erhöhung der Wärtergehälter sei Sache der Anstaltsvorstände. Den Wunsch nach Gleichstellung der Bücherfonds an der Landesbibliothek und der Universitätsbibliothek könne er nicht erfüllen, die Ausgaben und Aufgaben beider Institute seien durchaus verschieden.

Nach Ausführungen des Berichterstatter v. Gauß, des Abg. Maier-Rottweil (Str.), der eine Ermäßigung der Kranken- und Pflegefälle wünscht, und Erwidern des Ministers sowie des Abg. Rägelle wird der Rest des Kapitels ohne Debatte genehmigt. Man geht über zu Kapitel 70 (Technische Hochschule): 1909: 414 982 M., 16 410 M. weniger, 1910: 402 722 M., 28 670 M. weniger.

Berichterstatter v. Gauß berichtet über die Verhandlungen in der Kommission, aus denen er besonders die Anregung, an der Technischen Hochschule eine Handelshochschule zu errichten, bespricht. Das Bedürfnis für eine solche Ergänzung habe die Mehrheit der Kommission bejaht, das fortschreitende Eindringen von Juristen in leitende Stellungen kaufmännischer Etablissements scheine auch darauf hinzuweisen, daß es angeeignet, aus dem kaufmännischen Stand hervorgegangene Persönlichkeiten fehle. Er wolle ausgeben, daß das dringendste Bedürfnis befriedigt sei, und es werde zweckmäßig sein, die Erfahrungen mit diesen Kursen abzuwarten. Wünschenswert wäre zunächst der Ausbau der Technischen Hochschule durch Aufnahme volkswirtschaftlicher Lehrpläne. Daher sei er der Meinung, daß die Resolution der Kammer bezüglich Errichtung einer Handelshochschule materiell nicht erledigt sei. Der Berichterstatter referiert sodann über die Errichtung eines Lehrinstituts für Flugtechnik und Automobil-Industrie. Man könne dem Gedanken schon deshalb näher treten, weil ein größerer Betrag dafür zur Verfügung gestellt worden sei. Der Minister habe erwidert, es schweben über diese Frage Verhandlungen, er werde, wenn sie zum Erfolg führten, eventuell einen Nachtragset einbringen. Ein Antrag in der Kommission sei nicht gestellt worden, aber für das Plenum in Aussicht genommen worden.

Hier wird abgebrochen. Nächste Sitzung Dienstag nachm. 3 Uhr: Rest der heutigen Tagesordnung. Finanzdepartement.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.

Erste Kammer.

Stuttgart, 3. Juli.

Die Erste Kammer stimmte in ihrer heutigen Sitzung zunächst dem Gesetzentwurf betreffend Herabsetzung der Zahl der Waisenträger von vier auf zwei zu. Das Gesetz soll am 1. August 1909 in Kraft treten. Das Haus nahm sodann bei Beratung des Justizetats einen Antrag an, wonach die geforderte Erhöhung der nicht pensionsberechtigten Zulagen um 200 Mark jährlich nur für die aus dem Gemeindedienst übernommenen Bezirksnotare genehmigt und die Regierung um Erwägungen ersucht wird, ob und inwieweit das öffentliche Notariat anders zu ordnen ist. Nach Erledigung des Justizetats wurde zu Kapitel 9 des Etats: Staatsministerium und Geheimrat, die vom anderen Hause beschlossene Resolution betreffend Vereinfachung der Staatsverwaltung, angenommen, und im Laufe der Erörterungen hierüber vom Präsidenten Mosthaf u. a. gewünscht, daß Stenographie und Schreibmaschine, um den höheren Beamten Zeit und Kraft zu ersparen, mehr als bisher in den Kanzleien Eingang finden sollen. Schließlich erörterte das Haus beim Etat des Auswärtigen, die Forderung für die Münchener Gesandtschaft, die bekanntlich von dem anderen Hause abgelehnt worden war. Aus der Mitte des Hauses wurde ein Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsforderung gestellt und dringende ihre Notwendigkeit betont. Ministerpräsident von Weizsäcker dankte für diesen Antrag und betonte, daß es ein nicht zu verantwortender Mißgriff wäre, wenn auf den diplomatischen Verkehr mit Bayern verzichtet würde. Der Minister erläuterte dann die Aufgabe des Gesandten und betonte, daß gerade der jetzige Gesandte namentlich auf dem Gebiete des Verkehrs schöne Erfolge zu verzeichnen habe. Der erwähnte Antrag wurde einstimmig angenommen. Montag Weiterberatung.

Aus Württemberg.

Dienstnachrichten.

Ephorus Vanhinger am Seminar in Blaubeuren wurde seinem Ansuchen gemäß in den Ruhestand versetzt und ihm aus diesem Anlaß das Ritterkreuz des Ordens der Württembergischen Krone verliehen dem Oberreallehrer Votteler an der Realschule in Bietigheim eine Oberreallehrerstelle an der Realschule in Freudenstadt übertragen, eine Schulstelle in Verdröschingen dem Unterlehrer Karl Wehinger übertragen und die Erennung des Unterlehrers Johann Ehler in Bödingen, auf die Schulstelle in Weiskirchen, Bez. Langenburg, bedingt übertragen wurde eine Lehrstelle an der kath. Volksschule in Friedrichshafen dem Schullehrer Sobmiller in Tübingen, Jgersheim, O. Mergentheim, dem Schullehrer Chorhummel in Dammannweiler O. M. Laupheim, Oberndorf, O. M. Langenberg, dem Schullehrer Hagenmeyer in Eichen, O. M. Laupheim, U. M. a. D. dem Unterlehrer Maucher am Schullehrerseminar in Saulgau

Weiterfahrt und glückliche Landung des Reichsluftschiffes.

Das Reichsluftschiff Z. 1, das mehr als 100 Stunden auf der oberwälbischen Hochebene bei Mittelsberch den stärksten Regengüssen und Stürmen ausgesetzt war, konnte endlich am Samstag abend die immer wieder verschobene Weiterfahrt nach Regh antreten. Um 11 Uhr wurde die Verankerung gehoben und bald schwebte der Ballon gegen den sternklaren Himmel. Kurz nach Mitternacht wurde das Luftschiff über U. M. gesichtet, wo trotz der späten Nachtstunde alles auf den Beinen war,

um 1/1 Uhr passierte es Geisingen, gleich nach 1 Uhr Göttingen, halb 2 Uhr Göttingen. Die schwäbische Hauptstadt wurde nachts 2 Uhr 40 Minuten erreicht, auch hier war noch die ganze Stadt lebendig und tausende von Gräßen flogen zum nächtlichen Himmel empor; Pforzheim wurde kurz vor 3 Uhr, Karlsruhe eine halbe Stunde später überflogen; um 5 Uhr erreichte es Bielefeld und endlich morgens 7 Uhr 30 Reg. Wenige Minuten vor 8 Uhr erfolgte die glatte Landung auf dem Exerzierfeld von Freecat, wo die neue Ballonhalle errichtet ist. Die ganze Fahrt von Friedrichshafen bis Regh, mit der tagelangen Unterbrechung und dem ungeschüpften Aufenthalt in Sturm und Regen, stellt eine Bravourleistung dar, die die glänzenden Fähigkeiten des starren Zeppelin-Systems aufs Neue in ein helles Licht rückt.

Einführung von Freimarkenheftchen. Um dem Publikum die Beschaffung und Aufbewahrung kleiner Vorräte der gangbarsten Freimarkenorten zu erleichtern, werden spätestens vom 1. Januar 1910 an bei sämtlichen deutschen Postanstalten Freimarkenheftchen mit 20 Freimarken zu 5 Pfg. und 10 Pfg. Freimarken zu 10 Pfg., je zum Preise von 1 M. für das Stück an das Publikum abgegeben werden. Daß diese Neuerung im Vertriebe der Freimarken einem Bedürfnis entspricht, darüber besteht wohl kein Zweifel.

Vom Wetter. Die kalte Witterung der letzten Wochen hat im Publikum zu mannigfachen Erörterungen über ihre Ursachen geführt. Wie schon früher ausgeführt wurde, sieht dieses nachfolte Wetter zunächst keineswegs ohne Beispiel da, sondern im Sommer tritt fast alljährlich in unserer Klima größere Regenhäufigkeit auf, eine, die Anfangs Juli ihren Höhepunkt erreicht, eine zweite, die sich Mitte August am deutlichsten zeigt. Mit diesem Sommerregen erfolgt gleichzeitig ein Rückgang der Temperatur, viel deutlicher und bestimmter als in den kalten Tagen des Wais. Weil es aber jetzt nicht mehr zu Frost kommen kann, werden diese Kälterückfälle weniger beachtet. Kühle Sommer (und milde Winter) sind bei uns überhaupt häufiger als warme Sommer (und milde Winter.) Die nächste Veranlassung zu diesen Kälterückfällen im Sommer ist die Luftdruckverteilung wie seiner Zeit genauer ausgeführt wurde. Bestände statt des höheren Luftdrucks in West und Nord bei tiefem Druck im westlichen Rußland das umgekehrte Verhältnis, nämlich hoher Luftdruck im westlichen Rußland und Uebergrößen desselben nach Deutschland, so würde hier warmes Sommerwetter vorherrschen. Niemand, schreibt die Köln. Ztg., vermag zu sagen, welches die Ursache der anomalen Luftdruckverteilung ist, die meteorologische Wissenschaft befindet sich in dieser Beziehung in vollständigem Dunkel, und es ist vorläufig auch gar nicht abzusehen, wenn hier ein Lichtstrahl sich zeigen wird. Die Erfahrung hat aber gelehrt, daß das Wetter eine gewisse Erhaltungstendenz besitzt, d. h. die herrschende Witterung dauert gerne fort. Das gilt besonders von gutem Wetter, weil die Gebiete hohen Luftdrucks träge sind und so, wie sie sich einmal umgezogen haben, gern verharren, es gilt aber doch auch vom schlechten Wetter, wie die jüngste Zeit in unangenehmer Weise für uns zeigte.

Neutlingen, 2. Juli. Der Gemeinderat hat eine Straße der Stadt nach dem Präsidenten der Abgeordneten-Kammer „Bayerstraße“ genannt.

Ulm, 5. Juli. Eine in Neu-Ulm verstorbene Privatier, Fräulein Schühle, hat an gemeinnützige Einrichtungen Stiftungen im Gesamtbetrag von 40 000 M. gemacht und ihr in bester Lage der Stadt befindliches Haus den Niederbronnner Schwestern vermacht.

Friedrichshafen, 4. Juli. Das neue Dampfboot „Friedrichshafen“, das vergangenen Winter auf der hiesigen Werft erbaut wurde, ist gestern nachmittag vom König auf einer Fahrt nach Seefeld befristigt worden. Heute wurde es erstmals in den täglichen Dienst gestellt und erhielt die Touren ab 9.20 Uhr und 1.50 Uhr nach Horstbach. Die innere Ausstattung des Schiffes ist zwar einfach, aber in gediegenster Ausführung gehalten. Der zweite Platz zeigt durch einen runden Vorbau gegen das Verdeck eine erheblich größere Ausdehnung und vermehrte Bequemlichkeit. Auch der äußere Anstrich des Schiffes weicht von den älteren Schiffen ab. Das Hoheitszeichen kommt besonders wirkungsvoll zum Ausdruck. In Bezug auf Geschwindigkeit übertrifft es die übrigen württembergischen Schiffe.

Nah und Fern.

Zu einer folgenschweren Messerstecherei artete in einem Steinbruch bei Zuffenhausen ein Streit zwischen zwei Arbeitern aus. Nach kurzem Wortwechsel griff der eine zum Messer und versetzte seinem Gegner, dem verheirateten Arbeiter Anton Weingart, mit einem dolchartigen Messer einen lebensgefährlichen Stich in die linke Brustseite. Der Verletzte, der kaum mit dem Leben davonkommen dürfte, wurde ins Bezirkskrankenhaus Ludwigsburg verbracht. Der Täter, der verheiratet ist, sitzt hinter Schloß und Riegel.

Der 70 Jahre alte Londoner Juwelenhändler Friedrich Goldschmied verließ vor 14 Tagen mit seinem ältesten Sohne Paris, um nach London zu reisen. Er nahm eine große Menge, angeblich 3000 Edelsteine mit sich. Als Goldschmied in einem Restaurant des Piccadilly sich in die Toilette begab, wurde ihm seine Handtasche, die er auf den Tisch gestellt hatte, gestohlen. Der Wert der geraubten Edelsteine beträgt 2 1/2 Millionen.

Bei einer Angriffsübung bei Toulon geriet das Unterseeboot „Gronin“ zu sehr in die Nähe des Panzerschiffes „Massena“, so daß man bereits einen Zusammenstoß befürchtete. Der Befehlshaber des Gronin hatte jedoch die Geistesgegenwart, ein rasches Tauchmanöver auszuführen, und das Boot schwamm in einer Tiefe von 20 Metern unter „Massena“ weg, um wenige Augenblicke später auf der anderen Seite des Panzers wieder zu erscheinen. Dem Befehlshaber und den Mannschaften des Unterseeboots wurden nach Beendigung der Übungen lebhaftest Ovationen dargebracht.



